



REIN!

BOOM

- Im Wirtschaftsaufschwung wurden Mitte der 50er Jahre die Arbeitskräfte knapp.
- Gründe dafür waren: die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze, weniger deutsche Arbeitskräfte, der Bau der Mauer in Berlin, kürzere Arbeitszeit, längerer Urlaub, früheres Rentenalter, längere Ausbildung.
- Daraufhin wurden in Ländern mit hoher Arbeitslosigkeit Arbeiter angeworben (Italien, Spanien, Griechenland, Jugoslawien, Türkei, Portugal, Marokko, Algerien, Tunis).
- Im September '73, dem Höhepunkt der Ausländerbeschäftigung betrug die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer 2,6 Mio.
- Die Bundesrepublik und die ausländischen Arbeitnehmer betrachteten die Ausländerbeschäftigung als vorübergehende Angelegenheit.
- Die "Gastarbeiter" wurden vornehmlich in den Bereichen eingesetzt, in denen keine Deutschen mehr arbeiten wollten.

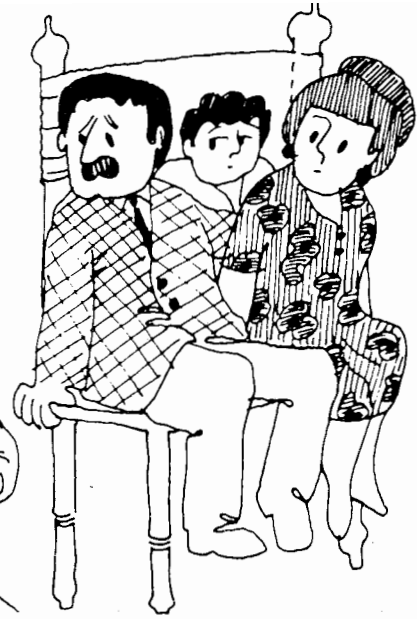
Im Rahmen der Arbeit im "Initiativ Ausschuss Ausländische Mitbürger in Hessen" hat Herbert Leuninger 1978 Flugblätter für die Öffentlichkeitsarbeit erstellt, mit der die Aufgaben einer auf Dauer angelegten Integration beschrieben werden. (Die Seiten sind so angelegt, dass sie die Ambivalenz der Ausländerbeschäftigung verdeutlichen.)

AUSLÄNDERBESCHÄFTIGUNG

- 1973 setzte die Wirtschaftskrise mit wachsender Arbeitslosigkeit ein.
- Die Bundesregierung verhängte einen Anwerbestopp und erschwerte die Vermittlung ausländischer Arbeitnehmer.
- Regierung, Gewerkschaften und Arbeitgeber gaben an, daß mit dem Rückgang der Ausländerbeschäftigung das Arbeitslosenproblem besser bewältigt werden könne.
- Im September 1977 waren noch ca. 1,9 Mio. Ausländer beschäftigt, 700.000 weniger als vier Jahre zuvor.
- Die Arbeitslosigkeit liegt nach wie vor bei einer Million (April 1978). Jetzt wird an die Verkürzung der Arbeitszeit gedacht.
- Die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer ist immer noch relativ hoch, da sie auf vielen Sektoren (Bau, Gaststätten, Gärereien etc.) unersetzbar sind und sich integriert haben.

REZSSION





WOHIN ?

auf ZEIT

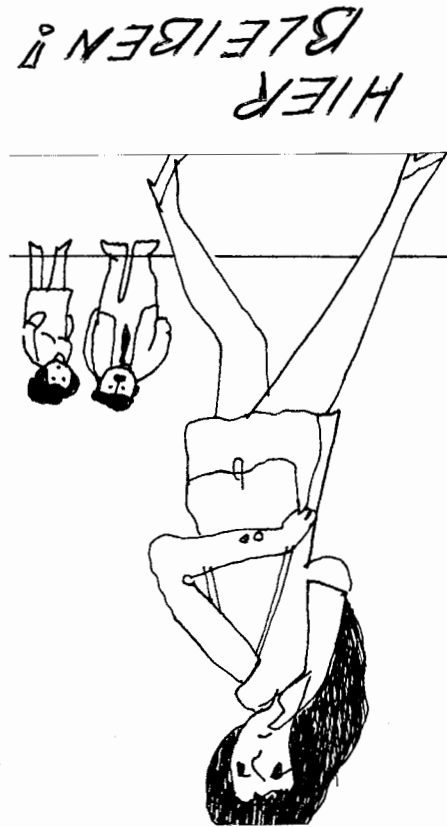
- Bund und Länder betrachten die Anwesenheit der ausländischen Wohnbevölkerung als grundsätzlich vorübergehend.
- Offiziell ist die Bundesrepublik kein Einwanderungsland. Sie versteht sich "als ein Aufnahmeland für Ausländer, die in der Regel nach einem mehr oder weniger langen Aufenthalt aus eigenem Entschluß in ihre Heimat zurückkehren!"
- Daher soll die "Rückkehrbereitschaft und die Rückkehrfähigkeit der in der Bundesrepublik lebenden ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien verstärkt werden".
- Gleichzeitig soll aber auch ihre "soziale Integration" (insbesondere der hier heranwachsenden Kinder und Jugendlichen) "für die Dauer ihres Aufenthaltes" sichergestellt werden.
- Die Einwanderer der 1. Generation leben mit der Vorstellung, wenn sie genügend Geld verdienen haben, wieder in die Heimat zurückzukehren.

INTEGRATION

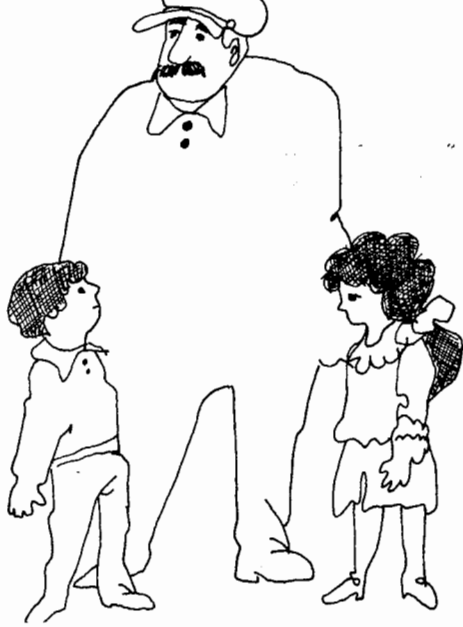
Im Laufe von zwei Jahrzehnten Ausländerbeschäftigung ist die Bundesrepublik für einen großen Teil der ausländischen Wohnbevölkerung faktisch zum Einwanderungsland geworden. Mehr als eine Million Kinder und Jugendliche sind hier geboren worden bzw. aufgewachsen. Ihre Heimat ist die Bundesrepublik, während die Heimat ihrer Eltern oder Großeltern ihnen fremd ist. Jährlich werden 80.000 - 100.000 Kinder nicht-deutscher Eltern geboren. Ein Teil von ihnen gehört bereits zur 3. Einwanderergeneration. Eine Rückkehr in die ursprünglichen Entsendeländer ist wegen der dort herrschenden, noch höheren Arbeitslosigkeit und wegen der hier eingetretenen Verwurzelung der Familien nur in geringem Umfang zu erwarten. Obwohl in Hessen die Ausländerbeschäftigung von 1973 - 1977 um 23% zurückgegangen ist, verblieb die ausländische Wohnbevölkerung auf dem gleichen Stand.

auf DAUER

-
-
-
-
-



HIER BLEIBEN !



OHNE
CHANCEN?

KRISE

Die 2. Generation lebt ohne eine gesellschaftliche Identität. Sie ist nicht deutsch, aber auch nicht mehr der Heimat ihrer Eltern zugehörig. Von der deutschen Gesellschaft fühlt sie sich nicht akzeptiert. Die Eltern befürchten eine Germanisierung ihrer Kinder.

Die bisherige halbherzige Integrationspolitik hat katastrophale Auswirkungen auf dem Bildungssektor: Nur 30% der ausländischen Kinder im Vorschulalter haben einen Kindergartenplatz. 20-30% der schulpflichtigen Nichtdeutschen besuchen überhaupt keine Schule. 60%, die eine Schule besuchen, erhalten keinen Hauptschulabschluß. Tausende werden in Ghetto-Klassen und -Schulen unzulänglich unterrichtet. 50% der berufsschulpflichtigen hessischen Ausländer besuchen keine Berufsschule. 75% von ihnen haben keinen Ausbildungsplatz.

Die Arbeitslosigkeit in Frankfurt erreicht bei jugendlichen Nichtdeutschen die Werte der schwarzen Jugendlichen in den USA.

Die Kriminalität junger Ausländer in Frankfurt ist relativ hoch und wird in Zusammenhang mit der Arbeitslosigkeit gebracht.

Die 2. Generation

Konsequente Integration in Kindergarten und Schule.
Gemeinsames Aufwachsen und gemeinsame Ausbildung deutscher und nichtdeutscher Kinder und Schüler.
Überführung von Ausländerkindergärten und Ausländerklassen in deutschsprachige Einrichtungen.
Förderung der Kinder nichtdeutscher Eltern in der Muttersprache.
Aufhebung der Bestimmungen, durch die jugendliche Ausländer von Ausbildung und Arbeitsplatz ferngehalten werden.

AUFGABE

ZWEI-
SPRACHIG

